

Fehrbelliner Zeitung

Anzeiger für das Ländchen Berlin
und die Umgegend.

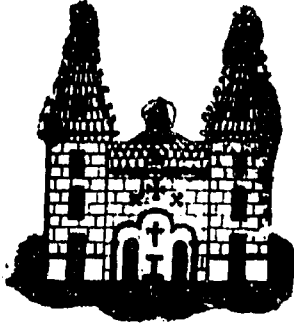
erschint wöchentlich 3 mal: am Dienstag, Donnerstag & Sonnabend.

Abonnementpreis:

für Monat Juli 1.10 M.

durch Boten ins Haus gebracht 1.20 M., durch die Post 1.30 M.

Druck und Verlag: W. Ewald.



Behördliches Publikations-Organ für die
Stadt Fehrbellin.

Anzeigenpreise:

die 6 mal getheilte Portion 15 Pfg., für Auswärtige 20 Pfg.

Reklamezeile 50 Pfg.

Dreizei freibleibend.

für die Redaktion verantwortlich: Walter Ewald.

Nr. 82

Donnerstag, den 17. Juli 1930

Jahrg. 41.

Frontwechsel Brüning's

Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokraten?

* Berlin, 16. Juli (Eig. Meldg.).

In den letzten Stunden hat sich in der parlamentarischen Lage ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen, der selbst den Abgeordneten so überraschend kam, daß er als überaus sensationell empfunden wurde. Schon als nach der einstündigen Pause der Sozialdemokrat Kell auf der Reichstagstribüne die Stimmhaltung der Sozialdemokratie bei der Abstimmung über Art. I der Deckungsvorlage verkündete, wußte man im Wallotbau, daß es in letzter Sekunde im Regierungslager gelungen war, verprechende Fäden zur Sozialdemokratie zu spannen. Während der Pause war es in der Tat zu einer inoffiziellen Aussprache des Zentrumsabgeordneten Esser mit den sozialdemokratischen Führern gekommen, die den Ausschub der Entscheidung bewirkte. Nach der Reichstagsführung fand dann erneut eine Aussprache zwischen Esser und den Sozialdemokraten Hermann Müller und Breilich statt, der auch Reichstagsleiter Brüning „als Gast“ beizwohnte.

Die Sozialdemokraten fanden sich — wie wir hören nicht zuletzt auf das Eingreifen des preußischen Ministerpräsidenten Brauns — bereit, durch Stimmhaltung der Regierung zur Mehrheit zu verhelfen, wenn gewisse sozialdemokratische Forderungen hinsichtlich des Deckungsprogramms erfüllt würden.

Die Forderungen betreffen vor allem die Wiederherstellung der unbeschränkten Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung, eine Erhöhung der Einkommensteuersätze sowie die Kopfsteuer, die zumindest eine Staffelung erfahren soll. Die Aussprache nahm einen nicht unglücklichen Verlauf, so daß im Anschluß an sie die Parteiführer der hinter der Regierung stehenden Parteien über die sozialdemokratischen Wünsche beraten konnten. In später Nachmittage wurde für Mittwochvormittag eine neuerliche Parteiführerbekämpfung vereinbart, an der auch die Sozialdemokraten teilnehmen.

Die Aussichten werden in parlamentarischen Kreisen zwar nicht als günstig, jedoch auch nicht als aussichtslos bezeichnet. Bei günstigem Verlauf dieser Verhandlungen wäre es möglich, daß die Deckungsvorlagen noch einmal an den Steuerauschuß verwiesen werden, um dort eine Ueberprüfung mit den Ansichten der Sozialdemokraten zu suchen. Bona jedoch die Verhandlungen keine Aussicht auf eine Lösung bieten, so will die Regierung auf rasche Erledigung der Deckungsvorlage drängen.

Undurchsichtige Lage in Indien

Verständigungsbereite Kreise nehmen zu.

London, 16. Juli.

Der indische Nationalkongreß hat seine Propaganda verstärkt. Neue Mitglieder werden von Haus zu Haus und in starken Versammlungen geworben. Der Boykott wird verschärft. In Gujerat wird eine scharfe Propaganda als Vorbereitung des Feldzuges gegen die Steuern geführt. In der Bombayer Gelehrtenversammlung wurde ein neuer Beitrag von 100 000 Pfund für die Erhaltung der Sicherheitspolizei und weitere 43 000 Pfund für die Unterbringung der außerordentlich großen Anzahl von Gefangenen beantragt. Sodann wurde der Antrag auf Freilassung Gandhi, die im Interesse des Friedens gefordert wurde, zurückgezogen.

Die Angriffe von Stämmen an der Nordwestgrenze dauern weiter an.

Durch Bombenwürfe aus Flugzeugen sind zahlreiche Aufständische getötet worden. Während einer Verhaftung in Allahabad wurde ein Polizist von der Menge angegriffen, worauf er von der Waffe Gebrauch machte. Eine Person wurde getötet, der Polizist selbst wurde schwer verletzt. 48 Personen sind verhaftet worden.

Infolge des Rückganges der Weizen- und Saatpreise haben eine Anzahl von Fremen in Kalkutta und Haldwara ihre Zahlungen eingestellt, mehrere andere haben den Bankrott angemeldet.

Unter den Kulissen der Allindischen Konferenz in Simla fanden in dieser Woche Unterredungen der gemäßigten Hindus, der moslemischen Liga und der Minderheiten statt, die sich im allgemeinen für die in der Rede des Vizekönigs entwickelten Gedankenansätze aussprachen und die Beilegung des Unabhängigkeitsfeldzuges vertraten. Es wurde vorgeschlagen, den Vorsitzenden Jayakar zu baldigen Verhandlungen mit den drei gefangenen Führern der Unabhängigkeitsbewegung zu entsenden, um sie zu der Verkündigung eines Waffenstillstandes zu bewegen.

Aus dem Flugboot gekürzt

Warnemünde, 16. Juli.

Ein nicht alltäglicher Flugunfall, bei dem ein Schüler der Deutschen Verkehrsfliegerschule den Tod fand, hat sich bei Warnemünde über der Ostsee ereignet. Ein Heinkel-Schubdoppeldecker der Deutschen Verkehrsfliegerschule, eine

Schwimmermaschine, befand sich in etwa 1000 Metern Höhe, als der Pilot plötzlich feststellte, daß das Höhensteuer nicht mehr zu bewegen war, weil sich der Riemen des mitgeführten Photoapparates in den zu den Steuerflächen führenden Kabeln verfangen hatte.

Im nächsten Augenblick überschlug sich die Maschine, wobei der Begleiter, Flugschüler Hamkens, herausstürzte, wogegen der Pilot sich, während er mit dem Kopf nach unten hing, mit aller Kraft am Steuerhebel festklammerte.

Die Maschine sackte immer tiefer. Im letzten Augenblick gelang es dem Piloten, die Steuerung am Leitwerk zu bedienen und, kaum 100 Meter über dem Wasser, den Doppeldecker wieder in die Normallage zu bringen und glatt auf dem Meere niederzugehen. Die Suche nach der Leiche des abgestürzten Begleiters war bisher erfolglos.

Die Pensionstürzung

Berlin, 15. Juli.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages genehmigte in erster Lesung das Pensionstürzungsgezet.

Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der den § 1 des Gesetzes folgendermaßen faßt: Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste verwendet wird, neben seinen Versorgungsgehalt ein weiteres steuerbares Arbeitseinkommen, so wird das Ruhegehalt um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitseinkommen der Betrag von 8000 Rm. jährlich übersteigt. § 1 gilt sinngemäß für die Wartegeldeempfänger und die Beamten, die unter Belastung des vollen Gehalts vom Amte entlassen sind. Er gilt auch sinngemäß für die nach dem Offizierspensionsgesetz vom 31. Mai 1908 und den entsprechenden älteren Gesetzen, für die nach dem Offiziersentschädigungsgesetz vom 13. September 1919, dem Reichsministergezet vom 27. März 1930 und dem Wehrmachtsversorgungsgesetz vom 4. August 1921 versorgten Personen. Die Kürzung erstreckt sich auch auf die laufenden Uebergangsgeldern.

Die Versorgungsbezüge für die Ruhegehalts- und Wartegeldeempfänger der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter staatlicher Aufsicht stehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen nicht günstiger geregelt sein, als in Artikel 1 und 2 für die Reichsbeamten vorgelesen ist. Die Länder sind berechtigt und verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erlassen und durchzuführen.

Abfindungs-, Renten- und sonstige Verträge, die in ihrer Gesamtauswirkung eine günstigere Regelung als in den Artikeln 1 und 2 vorgesehen, darstellen, werden aufgehoben. Der Ausschuß beschloß dann noch, als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober 1930 zu bestimmen.

Es wurde auch der Pensionshöchstbetrag von 12 000 Reichsmark jährlich, wie ihn der sozialdemokratische Nationalkongreß vorschreibt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in erster Lesung vom Ausschuß genehmigt.

Totales

17. Juli

Sonnenaufgang 4.2 Sonnenuntergang 20.9
Mondaufgang 22.51 Monduntergang 10.54

1787: Der Industrielle Friedrich Krupp in Essen geb. (gest. 1826). — 1860: Die Schriftstellerin Clara Viebig in Trier geb. — 1924: Der italienische Politiker Ricciotti Garibaldi in Rom gest. (geb. 1847).

Der Höhepunkt des Jahres

Der Höhepunkt des Jahres liegt hinter uns und die Tage neigen — wenn auch ganz unmerkbar — sich abwärts und werden kürzer. Die Dämmerung, die es bis jetzt nie ganz Nacht hat werden lassen, hält noch bis zum 20. an. Von dort ab wird es um Mitternacht wieder vollkommen finster. Am 23. Juli tritt die Sonne in das Zeichen des Löwen; damit ist der Beginn der sogenannten „Hundstage“ verbunden. Die Bezeichnung „Hundstage“ kennt man von alter Zeit her. Die alten Griechen nannten diese Zeit „Opocra“; sie wird bestimmt durch den Aufgang des Hundsterns „Sirius“. Die Opocra der Griechen fing nämlich mit dem Aufgang des Hundsterns an, der nahe mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Löwen zusammenfällt und sie endigte mit dem Aufgang des „Acturus“, der freilich viel später ist als das Ende unserer Hundstage. In Griechenland ist die Zeit der Hundstage durch große Hitze und nach Hippokrates auch durch schwere Gallenkrankheiten gekennzeichnet. Im Mittelalter ruhte während dieser heißen Zeit verschiedentlich selbst der Gottesdienst. Die Zeit der Hundstage währt vom 23. Juli bis zum 23. August.

Bestellungen auf die Fehrbelliner Zeitung werden jedergelt entgegengenommen.

Kirchensteuern für 1930/31.

Am Freitag, den 11. Juli, fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Zunächst wurde der Etat für das Rechnungsjahr 1930/31 durchberaten und in Einnahme und Ausgabe auf 6 434 Mark festgesetzt. Nach seiner Genehmigung durch die Kirchlichen und staatlichen Aufsichtsbehörden liegt der Etat in jedem Jahre zur Einsicht aus. Vor dem Recht der Einsicht wird leider so gut wie nie Gebrauch gemacht, dafür aber unsumme über den Etat geredet. Es ist hier nicht der Ort, den ganzen Etat zu veröffentlichen, es sei nur auf einige wichtige Punkte hingewiesen. Die und da besteht die Meinung, es werde aus den Kirchensteuern das Gehalt des Pfarrers bestritten. In Wirklichkeit liegt es so, daß aus Kirchensteuern nur 372 Mark zum Gehalt beigetragen werden. Der größte Posten sind die rund 2000 Mark Zinsen und Amortisation, die die Gemeinde jährlich zur Verzinsung und Abtragung der f. Z. zur Reparatur des Turmes aufgenommenen Darlehen aufbringen muß. Für die Gesamtkirchlichen Fonds hat die Gemeinde Fehrbellin nach einem festgelegten Satz 730 Mark aufzubringen. Daß aber auch dabei die Gemeinde keinen Schaden erleidet, erhebt daraus, daß sie aus diesen Fonds für ihre Jugendarbeit und für die Anstellung eines Diakonen Zuschüsse erhält, die weit höher sind als dieser Posten von 730 Mark. Es wurde beschlossen, auch für das nächste Jahr bei dem vorjährigen Satz von 18% Kirchensteuerzuschlag zur Einkommensteuer und 18% Kirchensteuerzuschlag zur Grundvermögensteuer zu bleiben.

Außerdem wird von Personen über 18 Jahren, die keine Reichseinkommensteuer zahlen, aber selbständig im Erwerb leben stehen, ein sogenanntes

Kirchgeld von 2 Mark pro Kopf erhoben werden. Nur so wird es, wenigstens nach vom Finanzamt gebotenen Unterlagen, möglich sein, den aus Steuermitteln zu deckenden Fehlbetrag des Etats von 4 618 Mark wirklich aufzubringen. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Kirchensteuerzuschläge zur Einkommensteuer ganz mechanisch nach den Angaben des Finanzamts über die Einkommensteuer von 1929 errechnet werden. Bei dieser Errechnung können Versehen mit unterlaufen, bisweilen sind auch die Angaben des Finanzamtes nicht richtig. Vor allem aber können bei der Ausstellung des Bescheides die besonderen persönlichen Verhältnisse des Besteuerenden nicht berücksichtigt werden. Daß dies geschieht, dazu gibt es den Weg der **Reklamation, die schriftlich an den Gemeindekirchenrat gerichtet werden muß, oder mündlich bei Herrn Pfarrer Dr. Harber oder bei Herrn Diakon Seeliger vorzutragen ist.**

Nicht wenige, die glauben zu Unrecht zu hoch veranlagt zu sein, zürnen dem Pfarrer oder dem Kirchenrat oder der Kirche im allgemeinen, weisen den Bescheid oder später erfolgende Mahnungen zurück, aber bequemen sich absolut nicht zur schriftlichen oder mündlichen Reklamation, sondern lassen die Sachen einfach auf sich zukommen und sind unangenehm überrascht, wenn dann nach geraumer Zeit jemand vom Finanzamt erscheint, um die Kirchensteuer zwangsweise einzuziehen. Und dann ist der Ärger und das Schelten riesengroß. Das alles ist aber eines erwachsenen Menschen nicht würdig, sondern kommt einem vor, wie das Berechnen von Kindern, die die Hand vor die Augen halten und denken, es sähe sie niemand.

In der gleichen Sitzung wurde einstimmig beschlossen, die **Orgel einer gründlichen Reparatur** zu unterziehen, vor allem sie mit neuen Prospektroffen zu versehen, die vom Krlege her immer noch fehlten. Glücklicherweise ist die Finanzlage der Gemeinde im Augenblick so, daß diese Reparatur durchgeführt werden kann, ohne daß ein Darlehen aufgenommen werden muß. Mit der Ausführung dieser Arbeiten an der Orgel wird Herr Orgelbaumeister Schute aus Potsdam beauftragt werden.

* Im Schützenhause fand gestern abend die Generalversammlung der Schützengilde statt. Anwesend waren 18 Kameraden. Das Medallionsfest findet in üblicher Weise am Sonntag, den 3. August statt. Vom Tanz in den beiden Sälen ist diesmal Abstand genommen worden. Die Musikfrage wird dem Vorstand überlassen. Der Vorsitzende gab hierauf die Einladung der Schützengilde freisad zum 100 jährigen Bestehen und zum Haveländischen Bundesfestebuch ebendort bekannt. Teilnehmende fleißige Kameraden soll die Eisenbahnfahrt nach dort aus der Kasse bezahlt werden. Betr. der Teilnahme wird noch eine Liste zirkulieren. Derauf folgte die Eingebung der Beiträge.